

Beitrag aus: Hamburg – Mut zur Vision (Hrsg. Michael Neumann, Hamburg 2007)

Britta Ernst:

ANMERKUNGEN ZUR AKTUELLEN SCHULPOLITISCHEN DISKUSSION

Schulstruktur in Deutschland und Hamburg – Bilanz

Die vielen verschiedenen Schulformen in Deutschland führen dazu, dass Kinder nicht ihren Begabungen entsprechend gefördert werden. Von zehnjährigen Kindern sind Bildungswege nicht vorhersehbar. Die Verteilung auf verschiedene Schulformen führt dazu, dass Bildungswege vorzeitig eingegrenzt werden, die später schwer zu korrigieren sind. Das dreigliedrige Schulsystem trägt bildungspolitische Vorstellungen aus dem vorletzten Jahrhundert weiter und ist keine zeitgemäße Antwort auf die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen. Gesamtschulen haben einen wichtigen Beitrag zur integrativen Beschulung, in der Bildungswege offen gehalten werden, geleistet. Sie haben jedoch keine Schulformen ersetzt, sondern den vorhandenen Schulformen eine weitere hinzugefügt. Es ist nicht gelungen, den Zusammenhang zwischen Schulformwahl und sozialem Hintergrund aufzubrechen. Die Zuordnung von Kindern auf die verschiedenen Schulformen erfolgt nach wie vor zu stark vor dem Hintergrund von Bildung und Einkommen der Elternhäuser. Die vielen Schulformen stehen daher mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit entgegen

Viele Schulformen fördern Verantwortungslosigkeit des Schulsystems

Die deutsche Schulstruktur begünstigt darüber hinaus ein System der Verantwortungslosigkeit. Jede Lehrkraft, jede Schule kann die Verantwortung für die Lern- oder Misserfolge der Kinder von sich schieben mit der Begründung, das Kind sei auf der falschen Schule oder in der falschen Klassenstufe. Die Therapie heißt sitzen bleiben, um- oder gar abschulen. So verhindert die Vielgliedrigkeit die Entwicklung eines verantwortungsvollen Schulsystems, in dem die Kinder im Mittelpunkt stehen und Lehrkräfte sich und anderen Rechenschaft über die Lernfortschritte „ihrer“ Kinder ablegen müssen.

Das deutsche Bildungssystem hat Vertrauen verspielt, das wieder gewonnen werden muss

Die PISA-Studie hat Deutschland gezeigt, dass unser Bildungssystem nicht so ist, wie wir gedacht haben: nicht so gerecht, nicht so gut für die Schwachen und nicht gut in der Förderung hoher Leistungen. Das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik, mehr Chancengleichheit, hat Deutschland den Pisa-Ergebnissen zufolge weit verfehlt.

Die PISA Studie hat darüber hinaus noch etwas Weiteres bewirkt: das Vertrauen der Menschen in die Aussagen der Parteien zur Bildungspolitik ist endgültig verloren gegangen. Viele hatten in den 90er Jahren ein Gefühl entwickelt, dass mit unserem Bildungssystem etwas nicht stimmt.

Die PISA-Studie bestätigte ihr Misstrauen. Das, was viele wahrgenommen hatten, wurde auf drastische Art und Weise durch eine internationale Studie bestätigt: Dem deutschen Schulsystem wurde bescheinigt, wenig zum sozialen Ausgleich der Gesellschaft beizutragen. Gleichzeitig liegen die Kompetenzen

der deutschen Kinder und Jugendlichen im Durchschnitt und in der Leistungsspitze unter denen anderer, vergleichbarer Länder.

Dies hat bis heute Folgen für die Glaubwürdigkeit von Bildungspolitikerinnen und -politikern.

Die Vertrauenskrise des staatlichen „Schulwesens“ ist noch nicht beendet. Die Hamburger Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Immer mehr Eltern entscheiden sich dafür, ihr Kind auf eine Privatschule zu schicken. So versuchen sie, mit privaten Mitteln einen Weg aus der Bildungsmisere ihrer Kinder zu finden.

Eine der wichtigen Aufgaben der Schulpolitik ist es daher, verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Das öffentliche Schulsystem hat in Deutschland nur dann eine Perspektive, wenn es von breiter Akzeptanz getragen wird. Wenn die deutsche Mittelschicht sich vom öffentlichen Schulwesen verabschiedet, hat das negative Folgen für die Qualität des öffentlichen Schulwesens und schlechte Folgen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

PISA-Studie: Empirische Wende war überfällig

Auffällig ist die große Erbitterung, mit der in Deutschland um bildungspolitische Fragen gestritten wird. Ein Grund ist, dass die bildungspolitischen Diskussionen bis in die Mitte der 90er Jahre ohne empirische Grundlagen geführt wurden. Dies hat sicher zu Formen der Auseinandersetzung geführt, die von vielen als ideologisch wahrgenommen wurden. Glaubenssätze prallten aufeinander. Fakten spielten eine untergeordnete Rolle.

Die „empirische Wende“ wurde in Hamburg Mitte der 90er Jahre durch die Einführung von wissenschaftlichen Lernausgangslagenuntersuchungen an den Schulen eingeleitet. Damals war das Instrument der empirischen Untersuchungen umkämpft (Parolen wie „Die Sau wird vom Wiegen nicht fetter“ oder „Watergate im Klassenzimmer“ kursierten), heute ist es fester Bestandteil der Bildungspolitik.

Von anderen lernen

Nicht nur die zweifellos veraltete Schulstruktur ist der Grund für das schlechte Abschneiden Deutschlands bei den internationalen Studien. Andere Faktoren, wie mangelnde Unterrichtsqualität, Transparenz oder keine regelmäßige Überprüfung der Leistungsfähigkeit der Schulen sind ebenfalls die Ursache.

In den skandinavischen, aber auch vielen anderen Ländern wird der Streit über den richtigen Weg in der Bildungspolitik weniger erbittert geführt und die politischen Differenzen sind auch weniger groß.

Bei genauerer Betrachtung lässt sich feststellen, dass es nicht nur einen Konsens darüber gab und gibt, dass Kinder lange gemeinsam lernen sollen. Es gibt inzwischen auch einen Konsens darüber, dass Lernen individualisiert sein muss, die Kinder im Mittelpunkt stehen sollen, nationale Evaluierungen unverzichtbar für die Sicherung und Verbesserung der schulischen Qualität sind, es Rückmeldungen an Lehrkräfte über ihre Arbeit geben muss, der Dialog

zwischen Forschung und Lehrkräften kontinuierlich fortgeführt werden muss, ein systematischer Kontakt zu den Eltern auf verschiedenen Art und Weise hergestellt werden muss, die von den Schulen nicht als Störfaktor angesehen werden sollten.

Schulpolitische Reformen erfolgten dort also nicht nur über Integration aller Schülerinnen und Schüler. Sie erfolgte auch durch eine Modernisierung des Schulsystems. Rückblickend zeigt sich, dass diese Verbindung aus einer Schule für alle Kinder und klaren Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Schulen Grundlage des heutigen größeren Konsenses in der Bildungspolitik ist.

Modernisierungsprozess weiterführen: Transparenz über die Qualität der einzelnen Schule und über die Wirksamkeit von Bildungsausgaben herstellen

Zurzeit geht es um eine neue Phase der empirischen Wende: Nachdem wir eine größere Transparenz über die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems, der Schulformen und Stufen haben, brauchen wir endlich eine Transparenz über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schule und des Unterrichts. Daher müssen qualifizierte Darstellungen der Leistungen der einzelnen Schulen vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen öffentlich gemacht werden. Schülerleistungen allein bilden den Erfolg von Schulen nicht ab. Die familiären und sozialen Hintergründe, mit denen Kinder ihre Schullaufbahn beginnen, sind sehr unterschiedlich und stellen viele Schulen vor enorme kompensatorische Aufgaben. Hier zeigt sich ein wesentlicher Qualitätsfaktor von Schulen. An schlechten Schulen muss etwas geändert werden und dies geht nicht, ohne dass die Leistungsfähigkeit der Schulen öffentlich nachvollziehbar wird.

In allen Bereichen des Sozialstaates wird die Wirksamkeit der Ausgaben überprüft. Ob Ausgaben zur Bekämpfung des Rechtsextremismus oder Ausgaben, um Arbeitslosen zu helfen, wieder Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden: Es werden die Ausgaben und deren Wirksamkeit transparent überprüft.

Die Schulen sind kein Sonderfall. Pädagoginnen und Pädagogen ist es jedoch besonders schwer gefallen, sich dieser Veränderung zu stellen und sie zu akzeptieren.

Hier sind in der Vergangenheit viele Fehler gemacht worden. Leider auch von vielen, die bei ihrem Einsatz für integrierte Schulformen den Anspruch formulieren, die beste Schulform zu vertreten. Die erste PISA-Länder-Studie konnte in Hamburg nicht für alle Schulformen ausgewertet werden, da der Boykott an den Schulen, insbesondere den Gesamtschulen, so groß war, dass die erforderliche Datenmenge nicht zur Verfügung stand. Dies war ein Fehler in der Sache, aber auch ein großer Verlust an Glaubwürdigkeit für diejenigen, die sich für integrierte Schulsysteme einsetzen.

Wir brauchen in Deutschland eine offensive Modernisierung des Schulwesens. Heute sind alle Bundesländer auf vergleichbaren Wegen: Von der Input- zur Outputorientierung, Einführung von externer und interner Evaluierung, Stärkung der Schulleitungen, Schaffung von Transparenz über die Leistungsfähigkeit der Schulen.

Gute Schulen brauchen die öffentliche Würdigung, um auf ihrem Weg bestärkt zu werden. Nur diese Transparenz kann helfen, die Vertrauenskrise im Schulwesen zu überwinden.

Diskussion über Schulstrukturen in Deutschland

Die Diskussion über die „richtige“ Schulstruktur wird in Deutschland seit Jahrzehnten geführt. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich seit den 70er Jahren in vielen Bundesländern für integrierte Schulen eingesetzt und die Gründung von Gesamtschulen mit großem Erfolg auf den Weg gebracht. Aber auch die Akzeptanz des Gymnasiums ist ungebrochen. Viele Eltern sind von der Qualität der Gymnasien überzeugt und versprechen sich von dieser Schulform das Beste für ihre Kinder. Zurzeit melden über 50 Prozent der Hamburger Eltern ihre Kinder nach der vierten Klasse auf einem Gymnasium an.

Es ist nie gelungen, Gesamtschulen als ersetzende Schulform zu etablieren, sondern sie wurden zusätzlich zu Haupt- und Realschulen und Gymnasien auf den Weg gebracht.

Gleichzeitig verloren Hauptschulen immer weiter an Akzeptanz. Sie wurden zu Restschulen, insbesondere dort, wo Gesamtschulen große Anteile der Schülerschaft gewinnen konnten. So besuchen in Hamburg nur noch 11% aller Siebtklässler eine Hauptschule.

Nach der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie 2001 wurde erneut viel über die richtige Schulstruktur diskutiert. Die skandinavischen PISA-Ergebnisse beeindruckten. Auch zeigen alle empirischen Untersuchungen, dass es im gegliederten Schulsystem nie gelingt, Schülerinnen und Schüler anhand ihrer unterschiedlichen Fähigkeiten oder Begabungen „richtig“ auf die Schulformen zu verteilen. Es gibt Hauptschüler auf Gymnasialniveau und Gymnasialschülerinnen mit den Kompetenzen durchschnittlicher Hauptschülerinnen.

Im internationalen Vergleich schneiden integrierte Schulsysteme besser ab (allerdings gibt es kaum irgendwo so vielgliedrige wie das deutsche System), im innerdeutschen Vergleich schneiden die Bundesländer mit dem klar gegliederten Schulsystem besser ab. Nicht genau abgrenzen lässt sich bei diesen Vergleichen die Frage des Einflusses sozioökonomischer Faktoren auf die Ergebnisse der einzelnen Bundesländer.

Die Frage nach der „richtigen“ Schulstruktur hat in Deutschland fachlich-pädagogische, schulpolitische und politische Ebenen.

Fachlich ist unstrittig nachgewiesen, dass die Herausbildung von Restschulen Milieus entstehen lässt, die selbst Teil des Problems sind und daher nicht zur Lösung beitragen. Fachlich unstrittig ist auch, dass gegliederte Systeme den individuellen Potenzialen von Kindern nicht gerecht werden, da der Blick auf die individuelle Förderung durch die Notwendigkeit (oder den Wunsch) des Sortierens verstellt wird. Bildungspolitisch ist zu bedenken, dass es viele andere Maßnahmen gibt, mit denen die Qualität von Schulen verbessert werden kann (Evaluierung, Leistungsentlohnung von Lehrkräften,

Eigenständigkeit der Schulen etc.) Auch dies lässt sich in skandinavischen Ländern bewundern.

Politisch muss bedacht werden, dass Auseinandersetzungen über die richtige Schulstruktur bereits mehrere Generationen erbittert mit- bzw. gegeneinander ausgetragen haben. Politisch muss auch bedacht werden, dass die Streiter der Strukturdebatte Leistungsorientierung nicht immer ernst genommen hat. Dies ist vielen im Gedächtnis.

In Hamburg finden sich im Gegensatz zu andern Bundesländern Haupt- und Realschulen im öffentlichen Schulwesen immer an einem Schulstandort. In Klasse 5 und 6 wird gemeinsam unterrichtet, erst ab Klasse 7 erfolgt die Trennung in H- und R-Züge. Darüber hinaus gibt es in Hamburg auch noch sog. Integrierte Haupt- und Realschulen (IHR), hier werden Haupt- und Realschüler auch nach Klasse 6 in vielen Fächern gemeinsam unterrichtet

Trotz notwendigen Streits in der Bildungspolitik muss der Elternwille geachtet werden

Über die richtigen Wege muss in der Politik diskutiert, gerungen und auch gestritten werden. In der Schulpolitik sollte jedoch bedacht werden, dass es zu Lasten der Qualität von Schulsystemen und damit zu Lasten der Schülerinnen und Schüler geht, wenn die Kontroversen um der Kontroverse willen geführt werden. Wir können es uns im Sinne der Kinder nicht leisten, weitere Zeit zu verlieren. Wir brauchen jetzt den Umbau des Schulsystems, um die Schülerinnen und Schülern mit dem notwendigen Rüstzeug für die Zukunft auszustatten.

Wenn Eltern am Ende der Grundschulzeit vor der Entscheidung stehen, wie und an welcher Schule die schulische Zukunft ihrer Kinder weitergehen soll, orientieren sie sich meist an den individuellen Begabungen und Bedürfnissen ihres Kindes und verschaffen sich von den Schulen einen konkreten Eindruck. Sie entscheiden häufig bewusster und selbstbewusster als Eltern vor 40 Jahren. Die häufig falschen Empfehlungen der Grundschulen zum Besuch der weiterführenden Schulen haben viele Eltern darin bestärkt, Entscheidungen der Schule und der Schulbehörde zu misstrauen. Das Interesse (und die Sorge), das viele Eltern der schulischen Entwicklung ihrer Kinder entgegen bringen, ist eine wichtige Ressource.

Eltern müssen sich bei grundlegenden Veränderungen darauf verlassen können, dass für einen längeren Zeitraum gelten und nicht nach der nächsten Wahl erneut grundlegend verändert werden. Schulstrukturveränderungen dürfen bei Eltern nicht einen experimentellen Eindruck hinterlassen, dessen Versuchskaninchen ihre Kinder sind. Eltern müssen in der Mehrheit von den Reformen überzeugt sein und diese mittragen können. Auch die Mehrheit derjenigen, die die jeweils aktuelle Schulpolitik kritisch bewerten, sollten trotzdem guten Gewissens ihre Kinder an einer staatlichen Schule anmelden können

Schulpolitik kann und sollte auch nicht gegen eine große Anzahl von Eltern durchgesetzt werden. Gute Schulen können nur funktionieren, wenn sie von Eltern akzeptiert werden und diese bereits sind, mitzuarbeiten. Daher ist der

Elternwille eine unverzichtbare Grundlage für jede Schulpolitik und im Übrigen auch Ausdruck elementarer demokratischer Vorstellungen in unserem Land.

Die Diskussion in Hamburg

Für die Hamburger SPD ist Schulpolitik ein Schwerpunkt. Hamburg hat in den 90er Jahren schulische Reformen auf den Weg gebracht, die heute noch Maßstäbe setzen (verlässliche Halbtagsgrundschule, Einleitung der sog. „Empirischen Wende“, d.h. der konsequenten Anwendung wissenschaftlicher Untersuchungen im Schulwesen). Dennoch gab es zunehmend hörbare Zweifel an der Qualität der Schulen, vor allem in den sozialen Brennpunkten. Aber auch die Mittelschicht hatte Zweifel, ob Hamburgs Schulen internationalen Standards entsprechen konnten. Die Hamburger SPD hat daher nach dem Gang in die Opposition auch selbstkritisch Bilanz gezogen und Schwerpunkte formuliert. Auf dem Bildungsparteitag der Hamburger SPD 2002 haben wir uns für die Verbesserung der Qualität der Hamburger Schulen ausgesprochen, für mehr Deutschunterricht als Schlüssel für gute Bildung und Integration, für die Senkung der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss, für Leistungsorientierung und Chancengleichheit. Integrierte Schulformen sollen ausgebaut werden, die sog. „Schulstrukturfrage“ wurde jedoch nicht in den Vordergrund gestellt. Einig ist die SPD im Ziel der Schule für Alle. Offen blieb jedoch lange, wie dieses Ziel verfolgt werden kann.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Jahren immer wieder den Finger auf die Wunde „Hauptschule“ gelegt. Es war absehbar, dass diese Schulform keine Zukunft hat. In jeder neuen Anmelderunde wurde die schwindende Akzeptanz deutlich. Nur noch zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler besuchen diese Schulform. Die Fortführung der Hauptschulen ist nicht mehr zu verantworten. 63 Prozent dieser Schülerinnen und Schüler haben negative Schulerfahrungen gemacht. Diese Schule wird – so ungerecht es im Einzelfall sein mag – als Restschule empfunden. Diese Struktur trägt zur Desintegration bei, nicht zur Integration. Auch die Realschulen werden immer mehr Schülerinnen und Schüler verlieren. Bei diesem unumkehrbaren Trend konnte nicht mehr lange zugeschaut werden.

Exkurs: Diskussion über 2-Säulen oder 2-Wege-Modell in der Schulpolitik

Im November 1991 schrieb der Bildungsforscher Prof. Klaus Hurrelmann (verantwortet u.a. die Shell-Jugendstudien) einen offenen Brief an die KMK. Er forderte eine einheitliche Schulstruktur für die neue Bundesrepublik: „Zwei Schulen für das eine Deutschland“. Damit soll auf die Krise der Hauptschulen reagiert und der hohen Akzeptanz des Gymnasiums Rechnung getragen werden. Aus Sicht Hurrelmanns lässt sich die Gesamtschule als Einheitsschule nicht durchsetzen, dies hätten die letzten 25 Jahre gezeigt. Notwendig sei es aber, zu Veränderungen zu kommen. Er plädiert für eine zweite Schulform neben dem Gymnasium mit einer erfahrungs- und handlungsbezogenen Bildungskonzeption. Die zweite Schulform solle zum Fachabitur führen. Damit schlug Hurrelmann einen zweifachen Kompromiss vor: Zwischen fortschrittlichen und konservativen Kräften sowie zwischen Ost- und Westdeutschland.

Nach Vorlage der zweiten PISA-E-Studie im November 2005 forderte die Hamburger CDU, angesichts der guten Ergebnisse in Sachsen über die Einführung eines 2-Säulen-Modells nachzudenken. Das Bundesland Sachsen hat im innerdeutschen PISA-Vergleich der Schülerleistungen sowohl insgesamt gut abgeschnitten als auch erhebliche Zuwächse im Verhältnis zur ersten PISA-Studie zu verzeichnen. Sachsen hat neben dem Gymnasium eine Mittelschule, Eine Reise des Hamburger Schulausschusses nach Sachsen und Thüringen überzeugt jedoch nicht: So ist die Zahl der Förderschülerinnen und –schüler in Sachsen sehr hoch, so dass sich hinter der Zweigliedrigkeit eine Dreigliedrigkeit verbirgt. Auch ist die „zweite Säule“ keine integrierte Schulform, bei der der Bildungsweg offen gehalten wird, sondern ein faktischer Zusammenschluss von Haupt- und Realschule, die nach Klasse 10 enden. Dies wäre angesichts der erfolgreichen Arbeit der Hamburger Gesamtschulen für Hamburg ein großer Rückschritt.

Die Debatte über die „Zwei-Säulen“ erhält viele Impulse: Im September 2006 schlägt Marianne Demmer, Mitglied des Bundesvorstandes der GEW vor, sich als Übergang zu einer Schule für alle für ein 2-Säulen-Modell einzusetzen. Ebenfalls im September 2006 hält Gabriele Behler, NRW-Schulministerin a.D. in Hamburg auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung einen viel beachteten Vortrag, in dem sie sich für einen „historischem Kompromiss“ zwischen den konservativen Vertretern der 3-Gliedrigkeit und den Verfechtern einer Schule für alle bzw. einer Gesamtschule ausspricht und für ein „Zwei-Säulen-Modell“ plädiert.

Auch die Berliner Grünen (Landesverband Berlin) sprechen sich dafür aus, sich für ein 2-gliedriges Schulsystem einzusetzen. Sie begründen dies damit, dass eine Strategie, die auf die Abschaffung des Gymnasiums setze, nicht mehrheitsfähig sei und damit faktisch zu keinen Veränderungen führen würde.

Im Oktober 2006 erneuert Prof. Klaus Hurrelmann gegenüber den KMK-Ministerinnen und Ministern sein Plädoyer für ein 2-Wege-Modell im deutschen Schulsystem.

Im März 2007 fordern bekannte Bildungsforscher eines Aktionsrates Bildung, die vielgliedrige deutsche Schulstruktur in ein zweigliedriges System aus Gymnasien und Sekundarschulen umzuwandeln. Zudem sollen die Schülerinnen und Schüler mindestens sechs Jahre lang gemeinsam lernen. Der Aktionsrat entstand auf Initiative der bayerischen Wirtschaft. Ihm gehören namhafte Bildungsforscher an, u. a. der Leiter der PISA-Studie, Manfred Prenzel, der Präsident der Freien Universität Berlin, Prof. Lenzen, und Prof. Wilfried Bos, Leiter der IGLU-Studie.

Einsetzung einer Enquete-Kommission

SPD und GAL beschlossen in der Hamburgischen Bürgerschaft, eine Enquete-Kommission zur Schulpolitik einzurichten. Diese sollte Vorschläge zur Veränderung der Schulstruktur erarbeiten. Strukturfragen sollten jedoch nicht losgelöst von anderen bildungspolitischen Fragen behandelt werden. Daher bekam die Enquete-Kommission weitere Aufträge: Zu den Themen Senkung der Zahl der Risikoschüler, Steigerung der Qualität von Schule, Steigerung des Bildungsniveaus und Veränderung der Bildungsfinanzierung sollten ebenfalls Empfehlungen erarbeitet werden.

Für die SPD hat dieser Beschluss Folgen: Es wurde festgelegt, vor Abschluss der Enquete-Kommission im Dezember 2006 einen Landesparteitag zur Schulpolitik einzuberufen, um dort unsere Position zur Schulstruktur festzulegen. Überall in den SPD-Untergliederungen entstanden Arbeitsgruppen und wurden Anträge geschrieben. Einige beschließen, sich für ein 2-Säulen-Modell auszusprechen, andere die Schule für Alle zügig anzugehen, auch die Einführung einer sechsjährigen Grundschule findet Anhängerinnen und Anhänger. Intensive lohnende Diskussionen schließen sich an.

Es erfolgt eine Verständigung: Die Hamburger SPD verfolgt weiter das langfristige Ziel einer Schule für Alle. Als nächster Schritt steht die Gründung von Stadtteilschulen an. Diese Stadtteilschulen bieten – im Gegensatz etwa zum sächsischen 2-Säulen-Modell - alle Abschlüsse bis zum Abitur an, allerdings nach 13 Jahren, wie an den bestehenden Gesamtschulen, während das Abitur an Gymnasien weiterhin nach 12 Jahren abgelegt werden kann. Stadtteilschulen entwickeln sich aus allen bestehenden Schulen oder durch Verbünde bestehender Schulen. Gymnasien bleiben erhalten, sollen sich aber reformieren und können in Stadtteilschulen aufgehen.

Ergebnisse der Enquete-Kommission

Die Enquete-Kommission arbeitete rund ein Jahr und legte am 30. März 2007 ihren Abschlussbericht vor.

Zentrales Ergebnis ist der Abschied vom 3-gliedrigen Schulsystem und damit von der Hauptschule sowie die Entwicklung von Stadtteilschulen, an denen alle Abschlüsse bis zum Abitur gemacht werden können. Dies haben CDU- und SPD-Fraktion beschlossen.

Einmütig hat die Enquete-Kommission beschlossen, die Zahl der Schulformen in Hamburg drastisch zu reduzieren, mit dieser Reform zeitnah zu beginnen und zum 1. August 2009 die Einführung von Stadtteilschulen und damit der neuen Schulstruktur umzusetzen. Stadtteilschulen ersetzen Haupt- und Realschulen und Gesamtschulen, aber auch Gymnasien können Stadtteilschule werden. Ab diesem Zeitpunkt wird jede weiterführende Schule in Hamburg die Möglichkeit des direkten Weges zum Abitur anbieten. Der Elternwille bei der Wahl der weiterführenden Schulform bleibt erhalten. Zukunftsweisend ist, dass analog zur Gleichwertigkeit der neuen Schulformen in der neuen Lehrerbildung eine gleichwertige Ausbildung aller Lehrkräfte gewährleistet sein muss und Stadtteilschulen in ihrer Wissenschafts- und Studienorientierung nicht hinter das Angebot erfolgreicher Gesamtschulen zurückfallen dürfen. Auch die Möglichkeiten für Gymnasien, sich zu Stadtteilschulen zu entwickeln, wenn die Schulkonferenz dies beschließt, sind positiv zu bewerten. Kritisch ist zu sehen, dass sich die CDU nicht der Perspektive einer "Schule für Alle" anschließen wollte. Die SPD wird ein besonderes Augenmerk darauf haben, dass diese Perspektive nicht durch konkrete Entscheidungen verbaut wird.

Beispielhaft ist die einvernehmliche Empfehlung der Kommission, Kinder der Sprachheil- und Förderschulen möglichst weitgehend in die Grundschule zu

integrieren sowie sonderpädagogische Kompetenzen an die Grundschule zu holen. Nicht zufrieden stellend ist aus Sicht der SPD, dass sich die von der CDU gestellte Kommissionsmehrheit nicht dem Votum von SPD und GAL anschließen wollte, die Primarstufen der Sprachheil- und Förderschulen schrittweise in die Grundschule zu integrieren sowie Förderkinder schrittweise in integrative Regelklassen aufzunehmen.

Die Enquete-Kommission bot einen weitgehend ideologiefreien Rahmen der es erlaubte, über Parteigrenzen hinweg gemeinsame Zielvorstellungen und Maßnahmen zu konkreten Verbesserungen des Hamburgischen Schulsystems zu formulieren, die der Diskussion über die Bildungspolitik bundesweit neue Impulse geben werden. Die Fülle der ganz überwiegend einvernehmlich getragenen Maßnahmen gegen die „soziale Schieflage“ in Verbindung mit dem unwiderruflichen Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem wird in Hamburg zu nachhaltigen Verbesserungen führen.

Positiv ist hervorzuheben, dass die gezielte Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus so genannten bildungsfernen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund, verstärkt bereits im frühkindlichen Alter ansetzen soll (z.B. durch Familienhebammen) und dass anhand der Lebenssituation der Kinder und ihrer Familien Ressourcen (z.B. für Sprachförderung) verstärkt dorthin umgesteuert werden, wo der Bedarf am größten ist.

Auch die Einrichtung eines regelmäßigen Bildungsmonitorings, das Prognosen für den zukünftigen Fachkräftebedarf in der Metropolregion Hamburg ermöglicht, die Regionalisierung der Schulorganisation und Schulentwicklungsplanung und der Einstieg in die Benennung konkreter Zielvorgaben für das Jahr 2015 sind Meilensteine für die Entwicklung des hamburgischen Schulsystems.

Sehr zu begrüßen ist, dass viele der vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen ganz konkret auf die Verbesserung von Schule und Unterricht abzielen, wie beispielsweise die Verbesserung der Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen und ihrer Schulleitung oder die stärkere Förderung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenz. Andere Einzelmaßnahmen sollen benachteiligten Kindern und Jugendlichen neue Chancen eröffnen und beispielsweise den Spracherwerb, die Lesekompetenz oder den Übergang in Ausbildung und Beruf verbessern.

Bedauerlich ist, dass die CDU nicht die Forderung nach einem beitragsfreien Bildungsjahr für alle Kinder ein Jahr vor der Einschulung mittragen wollte und so der notwendige Einstieg in die generelle Beitragsfreiheit der Kitas und Vorschulen nicht erreicht werden konnte.

Aufgrund der Tatsache, dass es 15jährigen Jugendlichen in Hamburg nur noch in seltenen Ausnahmefällen gelingt, direkt im Anschluss an die Schule einen Ausbildungsplatz zu finden, und das durchschnittliche Alter bei Beginn einer dualen Ausbildung in Hamburg mittlerweile bei 20,3 Jahren liegt (2005), ist unverständlich, dass die CDU ablehnt, die allgemeine Schulpflicht für alle Schülerinnen und Schüler auf 10 Jahre auszudehnen

Die GAL-Fraktion ist den Weg zur Entwicklung von Stadtteilschulen (auch als Übergangsform) leider nicht mitgegangen, sondern hat mit Blick auf den Elternwillen und die dafür notwendigen Begleitmaßnahmen den völlig

unrealistischen Vorschlag gemacht, dass bereits ab 2010 alle Kinder nach der Grundschulzeit gemeinsam unterrichtet werden müssen.

Bewertung der Ergebnisse der Enquete-Kommission und der Diskussionen

Notwendig ist die Verbindung von Veränderungen der Schulstruktur mit konkreten Zielen

Unverzichtbar ist es aus meiner Sicht für Hamburg konkret zu formulieren, in welchem Ausmaß und welchem Zeitraum wir uns zutrauen, Talente zu wecken und Begabungspotenziale auszuschöpfen: Dazu gehört eine weitere Steigerung der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Hochschulreife und eine deutliche Senkung der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss. Dazu gehören auch zweite und dritte Chancen als selbstverständliche Angebote unseres Bildungssystems.

Welcher Weg der Strukturveränderungen ist der Richtige?

Die SPD in Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben beschlossen, den Weg der Gemeinschaftsschule zu beschreiten. Sie soll dort eingerichtet werden, wo Schulträger bzw. Eltern dies akzeptieren. Dieser Weg ist dort erfolgreich, wo durch die demografische Entwicklung die Parallelität mehrerer Schulformen nicht aufrechterhalten kann.

Wir in Hamburg müssen aber sehr schnell Veränderungen in die Wege leiten, die Vielgliedrigkeit reduzieren, die Hauptschule beenden. Wir brauchen überzeugende Antworten für die Herausforderungen, vor denen die heutigen Schülerinnen und Schüler stehen.

Eine Verringerung der sieben bis acht Schulformen in der Sekundarstufe I auf zwei ist ein beachtlicher Schritt. Mit entsprechenden Rahmenbedingungen ist es eine deutliche Verbesserung der Schulstruktur, die Weiterentwicklungen nicht verbaut. Eine energische Fortführung der empirischen Wende, die zu einer besseren Transparenz über die Leistungsfähigkeit einzelner Schulen, der Wirksamkeit von Bildungsausgaben und den Chancen heterogener Gruppen für alle Schülerinnen und Schüler führt, wird dabei hilfreich sein.

SPD-Vorstellungen finden sich im Ergebnis der Enquete-Kommission wieder

Die SPD hatte sich auf ihrem Landesparteitag dafür ausgesprochen, dass alle Schulen den direkten Weg zur Oberstufe bieten sollen. Weiterhin sollten die bestehenden Oberstufen an den Gesamtschulen erhalten werden und es soll sich bei den Stadtteilschulen um integrierte Schulen handeln. Diese Vorstellungen waren erfreulicherweise in der Enquete-Kommission mehrheitsfähig.

Uns ging es dabei jedoch nicht um die Struktur um der Struktur wegen, sondern darum, dass Begabungen und Talente von Schülerinnen und Schülern ausgeschöpft werden. Schon jetzt machen 20 Prozent aller Abiturientinnen und Abiturienten in Hamburg das Abitur auf einem Weg jenseits des Gymnasiums,

Diese Chancen dürfen nicht abgebaut werden. Auch künftig wird es verschiedene Bildungswege geben müssen, da Kinder und Jugendliche verschiedene Entwicklungen durchleben.

Zu dieser Art Strukturveränderung gibt es keine Alternative

Hamburgs Kinder und Jugendliche haben kurze Wege zur nächsten Schule, der demografische Druck führt anders als in ländlichen Bereichen nicht zur Überwindung der Vielgliedrigkeit. Die Politik muss ohne diesen Zwang handeln. Bekenntnisse zu Visionen, die sich nicht realisieren, weil die Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger sie nicht will, helfen nicht weiter. Wir müssen klar benennen, mit welchen konkreten Schritten wir Hamburgs Schulen nach vorn bringen wollen.

Die Zusammenführung der Gesamtschulen, Haupt- und Realschulen und Integrierten Haupt- und Realschulen und auch einiger reformfreudiger Gymnasien ist daher ein richtiger Schritt. Maßstab für uns war, ob wir durch die Reduzierung auf zwei Schulformen zu einer Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation kommen können und nicht weitere notwendige Reformschritte nachhaltig verbauen. Dies haben wir erreicht.

Die öffentliche Diskussion zeigt auch, dass diese Strukturveränderungen auf große Akzeptanz stoßen. Von öffentlicher Empörung ist nichts zu spüren. Und auch diejenigen, die sich den Weg zu einer Schule für schneller wünschen, gestehen in kleiner Runde zu, dass es keine Alternative gibt. Schulpolitik braucht einen gewissen Konsens, große Strukturveränderungen allemal. Die Alternative wäre gewesen, hehre Beschlüsse zu fassen und an der Realität faktisch nichts zu ändern. Von uns erwarten die Menschen aber konkrete Vorschläge zu Verbesserung ihrer Lebenssituationen, natürlich in Verbindung mit mittel- und langfristigen Perspektiven.

Jetzt: Ausgestalten der Stadtteilschulen, beteiligen an regionaler Debatte statt grundsätzlicher Ablehnung

Unsere Bemühungen müssen dahin gehen, die Stadtteilschulen attraktiv auszugestalten. Viele Schulen haben in den letzten Jahren die Berufsorientierung ausgebaut. Das ist ein guter Anknüpfungspunkt. Viele Erfahrungen integrierter Schulformen können eingebracht werden. Es muss sichergestellt werden, dass Kinder ihre Begabungspotenziale entfalten können. Das stellt große Anforderungen an die Verbesserung des Unterrichtes und der die Kompetenzen der Lehrkräfte.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sorgfältig diskutiert, welcher Weg der richtige ist. Das Für und Wider musste sorgfältig abgewogen werden. Leider ist durch unsere Debatten gelegentlich öffentlich ein sehr uneinheitliches Bild entstanden.

Dennoch zeigt das Ergebnis der Enquete-Kommission, dass es lohnt, aus der verkämpften Situation der letzten Jahrzehnte herauszukommen. Durch unser Handeln ist dieses Ergebnis zustande gekommen. Damit können die Perspektiven vieler junger Menschen besser werden, die es dringend brauchen. Nach fünf Jahren CDU geführtem Senat ist das dringend nötig.

